

# Die Sommerferien sind dieses Jahr etwas teurer

In der Reisebranche ist noch nicht alles normal – verrückt spielen die Preise aber keineswegs



Am Flughafen Zürich dürfte in den nächsten Wochen die Betriebsamkeit zurückkehren.

ALEXANDRA WEY / KEYSTONE

MATTHIAS BENZ

Noch vor einigen Wochen sah es so aus, als würden dieses Jahr recht unbeschwerte Sommerferien am Mittelmeer möglich sein. Aber jetzt wächst die Verunsicherung wieder. Zum einen sorgt die Delta-Variante des Coronavirus mancherorts für einen turbulenten Start in die Sommersaison: In Portugal oder auf Mallorca steigen die Fallzahlen. Zum andern merken manche Reiselustige, dass sie für kurzfristige Buchungen zum Teil recht tief in die Tasche greifen müssen.

## Angebot und Nachfrage spielen

Tatsächlich sind die Preisausschläge dieses Jahr grösser als sonst. So kosten Mietautos an vielen Destinationen deutlich mehr als in anderen Jahren. Auch manche Flüge an Ferienorte sind teurer als üblich. Das mag bei den Kunden den Eindruck erwecken, es gehe heuer nicht mit rechten Dingen zu.

Nüchtern betrachtet spielen allerdings nur Angebot und Nachfrage. «Die Menschen wollen diesen Sommer wieder in die Ferien fahren, aber dieser Nachholeffekt trifft auf noch eingeschränkte Kapazitäten», sagt der Unternehmensberater Mark Friesen, der Firmen in Fragen der Preisgestaltung berät. «Das treibt die Preise tendenziell in die Höhe.» Das Phänomen zeigt sich etwa bei den Mietwagen. Die Anbieter haben in der Krise Autos abstossen müssen, um finanziell zu überleben. Jetzt tasten sie sich erst vorsichtig wieder an die Nach-Krisen-Normalität heran.

Ähnliches gilt für andere Leistungsanbieter. Selbst in touristischen Hochburgen wie Mallorca oder den Kanaren haben viele Hotels noch nicht geöffnet, weil sie zum Beispiel nicht wissen, ob die Briten in diesem Jahr kommen. Die Airline Swiss fliegt in diesem Sommer erst mit 50% bis 55% der Kapazitäten des Jahres 2019.

Gleichzeitig hat sich die Nachfrage verändert. Die Reiselustigen sind bereit,

mehr für Ferien zu zahlen. In der Pandemie konnte man längere Zeit nur eingeschränkt konsumieren, jetzt will man sich wenigstens schöne Ferien gönnen. Zudem buchen die Kunden wohl oder übel sehr kurzfristig. Das führt dazu, dass es kaum günstige Last-Minute-Angebote im Markt gibt, denn dieses Jahr ist alles kurzfristig. Die Tourismusanbieter können es sich erlauben, normale Hochsaison-Preise zu verlangen.

Im Durchschnitt dürfte dies die Reisepreise erhöhen. «Die Sommerferien sind dieses Jahr tendenziell etwas teurer als sonst», erklärt ein Sprecher des Reiseveranstalters DER Touristik Suisse, zu dem unter anderem die Marken Kuoni und Helvetic Tours gehören. Beim Reiseanbieter Hotelplan spricht man hingegen davon, dass die Preise im Rahmen des Vorkrisenniveaus lägen. Insgesamt sind die Unterschiede nicht riesig: Für Pauschalferien mit Flug und Hotel müssen die Kunden wohl mit einem Preisaufschlag von rund 10% gegenüber 2019 rechnen.

Für Unmut bei den Kunden sorgen dürften vor allem hohe Preisausschläge, die vereinzelt vorkommen. Ein Beispiel dafür sind Flüge auf den Balkan. In der Schweiz leben viele Kosovo-Albaner, die die Sommerferien traditionell in der Heimat verbringen. Aber die Kapazitäten sind zum Teil knapp. Deshalb sind die Preise für Flüge von Zürich nach Pristina relativ hoch. Ein Hin- und Rückflug am Wochenende während der Sommerferien kostet derzeit bis zu 700 Fr. pro Person (siehe Grafik).

Allerdings gibt es auch gegenteilige Beispiele. Flüge von Zürich nach London sind derzeit günstig zu haben – denn die Nachfrage hält sich wegen der unsicheren Coronavirus-Lage in Grossbritannien in Grenzen. Und selbst bei klassischen Mittelmeer-Destinationen wie etwa Mallorca bietet sich ein differenziertes Bild: Flüge von Zürich nach Palma sind vor allem an den ersten Ferienwochenenden verhältnismässig teuer.

Wer hingegen unter der Woche reist oder erst Ende der Sommerferien, erhält noch Tickets zu ziemlich normalen Preisen. Bei der Fluggesellschaft Swiss betont man denn auch, mit Blick auf das gesamte Streckennetz lägen die Preise wegen der niedrigen Auslastung derzeit «tendenziell unter dem Preisniveau von 2019».

Dass vereinzelt hohe Preise verlangt werden, mag den Kunden sauer aufstossen. Allerdings verdienen die Tourismusanbieter auch ein gewisses Verständnis. Die Planung ist dieses Jahr schwierig: Wer grosse Kapazitäten bereitstellt, kann sich finanziell schnell die Finger verbrennen. Deshalb müssen die Unternehmen mit einer gewissen Risikoprämie kalkulieren.

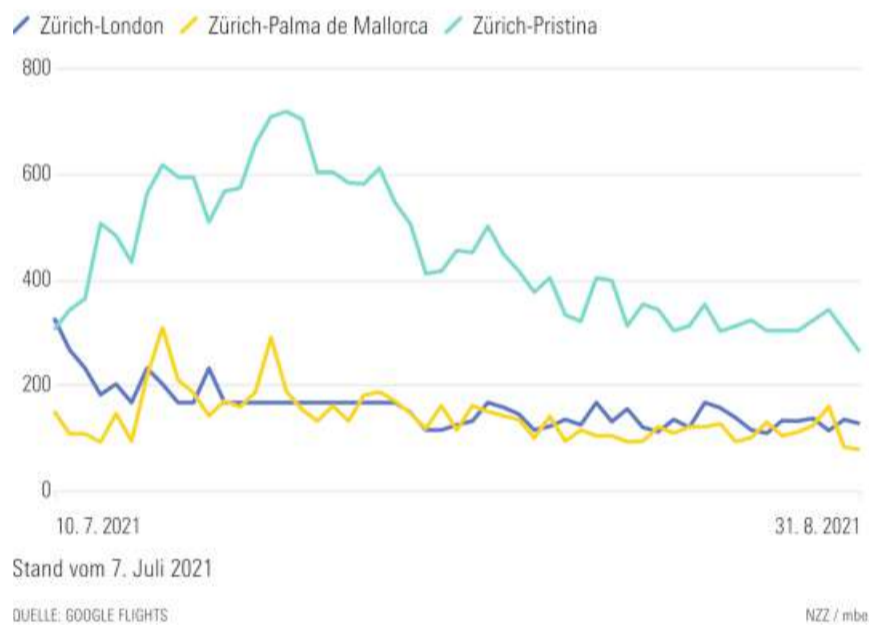
Gleichzeitig sind die Anbieter darauf angewiesen, dass sie nach 15 harten Monaten auch wieder einmal Einnahmen erzielen können. «Dennoch sollten die Tourismusanbieter bei den Preisen den Bogen nicht überspannen», meint Berater Friesen, «denn die Kunden merken sich das und bleiben vielleicht im kommenden Jahr fern.»

## Noch freie Plätze verfügbar

Trotz der angespannten Lage lassen sich weiterhin Ferienangebote finden, die ungefähr gleich viel kosten wie vor der Krise. Bei kurzfristigen Buchungen müssen Reisewillige dafür allerdings etwas Flexibilität mitbringen – und beispielsweise bereit sein, unter der Woche statt am Wochenende zu reisen. Mit Blick auf Pauschalferien empfehlen Schweizer Reiseanbieter etwa die Südtürkei oder die griechischen Inseln. Hier seien noch Plätze verfügbar.

## Die Flugpreise variieren stark

Günstigste Preise für Direktflüge (hin und zurück), 14-tägiger Aufenthalt, in Franken



# Aufregung auf Vorrat um chinesische Cloud

Ob der Bund seine Daten an Alibaba auslagert, ist alles andere als entschieden

STEFAN HÄBERLI

Der Entscheid sorgte für Verwunderung. Vor zwei Wochen veröffentlichte die Bundeskanzlei auf der Internetplattform Simap die Namen der Firmen, die Aufträge für ein IT-Grossprojekt des Bundes erhalten haben. Dabei geht es um die Auslagerung von Daten und Anwendungen in die Public Cloud. Dass sich Amazon, IBM, Microsoft und Oracle unter den Auserwählten befinden, ist keine Überraschung. Die US-Konzerne gehören zu den weltweit führenden Cloud-Anbietern. Aber auch Alibaba aus China erhielt den Zuschlag. Der Bund lagere Daten an einen chinesischen Konzern aus, schrieben Medien danach warnend im Indikativ.

## Glücksfall für die Diplomatie

Angebracht wäre jedoch der Konjunktiv. Ob der Bund je ein Byte in einem Alibaba-Rechenzentrum speichern wird, ist fraglich. Mit dem Zuschlag haben die Anbieter nur eine erste Hürde genommen. Ob und wie die Bundesverwaltung ihre Dienste nutzen wird, ist keineswegs entschieden. Es gab in der Ausschreibung keine Mindestabnahme-

menge. Der Bund hat die Möglichkeit, aber nicht die Pflicht, bei den Firmen innert fünf Jahren Cloud-Dienste im Wert von 110 Mio. Fr. zu beziehen. Welche der Anbieter in welchem Umfang zum Zuge kommen, wird in den Departementen entschieden.

Der Bund hätte eine Offerte von Alibaba nicht ausschliessen können. Laut der Bundeskanzlei ist es rechtlich nicht zulässig, Anbieter aufgrund ihres Herkunftslandes zu diskriminieren. Die öffentlichen Beschaffungsstellen müssten die internationalen Vorschriften der Welthandelsorganisation einhalten. Selbst wenn ein Ausschluss Alibabas juristisch möglich gewesen wäre, hätte der Bund dies aus diplomatischer Rücksichtnahme kaum getan. Eine derart offensichtliche Diskriminierung eines chinesischen Anbieters wäre von Peking als Affront empfunden worden.

Ob aus Zufall oder kluger Voraussicht: Dank dem zweistufigen Verfahren kann sich der Bund geschickt aus der Affäre ziehen. Mit dem Zuschlag an Alibaba signalisiert die Schweiz gegenüber China: «Seht her, wir behandeln chinesische Unternehmen fair.» Zugleich lässt die fehlende Bezugspflicht den Departementen freie Hand. Wenn sie ein schlech-

tes Gefühl dabei haben, ihre Daten in die Hände eines Cloud-Anbieters aus einem autoritär geführten Land zu legen, müssen sie dies nicht tun. Sie können sich ausserhalb des Scheinwerferlichts für einen anderen Anbieter entscheiden.

Der Zuschlag an Alibaba ruft dennoch berechtigte Fragen in Erinnerung: Welche Daten oder Anwendungen darf und soll der Staat in eine Public Cloud stellen? Welche müssen auf Rechnern des Bundes bleiben? Die langweilige Antwort lautet: Es kommt auf den Einzelfall an. Gemäss der Cloud-Strategie der Bundesverwaltung gilt, dass eine Bundesstelle zuerst die Rechtskonformität abklären und eine Risikobeurteilung vornehmen muss, bevor sie Public-Cloud-Dienste in Anspruch nimmt.

Ein Kriterium ist dabei die Art der Daten. Zunächst sollen nur nicht oder als «intern» klassifizierte Informationen sowie nicht besonders schützenswerte Personendaten in eine Cloud verschoben werden. Wo dies rechtlich zulässig ist, soll dies später auch bei als «vertraulich» oder «geheim» eingestuftes Daten und schützenswerten Personendaten möglich sein. In solchen Fällen müssen allerdings verschiedene Stellen (die Generalsekretärenkonferenz, der

Delegierte des Bundes für Cybersicherheit und der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte) informiert werden.

## Es gibt viele Sicherheiten

Der Bund setzt aus den gleichen Motiven auf die Public Cloud wie Unternehmen. Wer die IT-Infrastruktur selbst betreibt, muss sich stets an der maximalen Nutzung orientieren. Das bedeutet, dass Hardware, Software und qualifiziertes Personal auf Vorrat vorhanden sein müssen. Andernfalls bestünde das Risiko von Kapazitätsengpässen. Die Public-Cloud-Anbieter stellen hingegen Speicherplatz, Rechenleistung oder Software über das Internet zur Verfügung. Sie können den Kunden rasch und fast unbeschränkt zusätzliche Kapazität bereitstellen. Dabei gilt «pay as you go»: Es müssen nur jene Dienste bezahlt werden, die wirklich gebraucht werden. Da die internationalen Cloud-Anbieter mit ihrem riesigen Kundenstamm von Skaleneffekten profitieren, sind ihre Dienste günstig. Sie werden deshalb auch als Hyperscaler bezeichnet.

Vordergründig nimmt der Bund eine Abwägung zwischen Kosten und Sicher-

heit vor: Welche Mehrkosten nimmt er in Kauf, um gewisse Daten auf eigenen Rechnern statt in einer «fremden» Public Cloud zu halten? Diese Sicht ist nicht ganz falsch, greift aber zu kurz. Das Sicherheitsdispositiv von Cloud-Anbietern geht über jenes von Grosskonzernen und wohl auch des Bundes hinaus. Die Daten des Staates dürften bei den Hyperscalern mitunter besser vor Angriffen von aussen und Ausfällen der Infrastruktur geschützt sein als beim Staat. Das eigentliche Risiko bei der Public Cloud ist der Zugriff der Nachrichtendienste des Herkunftslandes der Anbieter auf die Daten. Diese Gefahr gilt es gegen die anderen Sicherheitsrisiken abzuwägen.

In der Diskussion um Alibaba ist etwas untergegangen, dass mit Google ein Hyperscaler leer ausgegangen ist. Das ist erstaunlich. Google verfügt anders als Alibaba über Rechenzentren in der Schweiz. Ob der Konzern die Niederlage auf sich sitzen lässt, ist unklar. Die Beschwerdefrist für das Beschwerdeverfahren läuft in rund einer Woche ab. Laut einem Sprecher ist Google daran, «das Feedback des Bundes genau zu prüfen und mögliche weitere Optionen auszuloten».